



# LAND BRANDENBURG

Landesamt für Soziales und Versorgung | Postfach 10 01 23 | 03001 Cottbus

Sozialdezernate und Sozialämter der Landkreise  
und kreisfreien Städte im Land Brandenburg

Landkreistag Brandenburg  
Städte- und Gemeindebund Brandenburg  
MASGF, Abt.2, Ref.24  
Serviceeinheit Entgeltwesen

- nur per E-Mail -

## Landesamt für Soziales und Versorgung

Lipezker Straße 45  
03048 Cottbus

Bearb.: Madeleine Strecker

**GZ.: 02 RS 03/2019**

GZ. bitte bei Rückantwort angeben!

Telefon: (0355) 2893-393

Fax: (0331) 275484535

Internet: [www.lasv.brandenburg.de](http://www.lasv.brandenburg.de)

[madeleine.strecker@lasv.brandenburg.de](mailto:madeleine.strecker@lasv.brandenburg.de)

Bus 16 bis Poznaner Str. / BTU


Tram 2, 4 bis Gelsenkirchener Platz

Anschluss: Bus 13, 14

bis Lipezker Str./ Schwarzheider Str.

oder Tram 2, 4 bis Schwarzheider Str.

Cottbus, 22.02.2019

<b>Rundschreiben des üöTEGH Nr. 03/2019</b>	
<b>Thema:</b>	<b>Umlagepflicht von Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) für Leistungen im Mutterschaftsfall – U2-Umlageverfahren</b>  <b>Entwurf eines Gesetzes für schnellere Termine und bessere Ver- sorgung (Terminservice- und Versorgungsgesetz- TSVG)</b>
<b>Ansprechpartner:</b>	
Frau Strecker	 0355 2893-393
<b>Rundschreiben tritt in Kraft:</b>	<b>22.02.2019</b>
<b>hebt auf:</b>	

### Besucheranschrift

Lipezker Str. 45, Haus 5  
03048 Cottbus



Sehr geehrte Damen und Herren,

bereits mit Schreiben vom 21.11.2018 hatten wir Sie darüber informiert, dass im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens zum Terminservice- und Versorgungsgesetz (TSVG) durch eine Änderung in § 11 Abs. 2 Aufwendungsausgleichgesetz (AAG) rückwirkend zum 01.01.2018 klargestellt werden soll, dass Werkstätten von dem Umlageverfahren für Leistungen im Mutterschaftsfall (U2-Umlage) ausgenommen sind.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe (BAGüS) übersandte mit Schreiben vom 17.01.2019 nunmehr aufgrund vermehrter Nachfragen einen aktuellen Sachstand zum Entwurf des Terminservice- und Versorgungsgesetz (TSVG).

Danach ist das Gesetzgebungsverfahren noch nicht abgeschlossen. Nach Einschätzung der Geschäftsstelle der BAGüS sind Änderungen zu diesem Regelungsgehalt auch nicht zu erwarten.

Artikel 5 TSVG-E sieht eine Änderung des § 11 Abs. 2 AAG vor, wonach Menschen im Arbeitsbereich der WfbM vom Umlageverfahren ausgenommen sind. Artikel 17 TSVG-E regelt das rückwirkende Inkrafttreten dieser Regelung zum 01.01.2018.

Die diesen Regelungsbereich betreffenden Auszüge aus dem Gesetzentwurf der Bundesregierung zum TSVG vom 07.12.2018 sind als Anlage beigefügt.

Es wird um Kenntnisnahme gebeten.

Mit freundlichen Grüßen

im Auftrag



Schröter

Anlage(n)